

Wulf Schönbohm **Die Türkei  
vor den  
Toren Europas**

**Zur Überraschung vieler hat die seit gut einem Jahr amtierende türkische Koalitionsregierung durch eine Reihe mutiger Reformmaßnahmen bereits gezeigt, dass es ihr ernst ist mit dem Wunsch nach einer EU-Mitgliedschaft. Renten und Krankenversicherung, Banken und Steuersystem wurden reformiert sowie deutliche Schritte zur Stärkung von Demokratie und Menschenrechten – etwa durch die Freilassung von Journalisten oder die systematische „Erziehung“ von Polizeikräften – getan. Auch die Haltung des neuen Staatspräsidenten Sezer weist ebenso in Richtung Europa wie etwa die spürbare Verbesserung der deutsch-türkischen Beziehungen nach dem EU-Gipfel von Helsinki. Für die Türkei beginnt indes nun die eigentliche Arbeit: Die Kopenhagener Kriterien müssen erfüllt und der mühsame Weg einer Bewusstseinsänderung gerade in der politischen, bürokratischen und militärischen Elite in Angriff genommen werden.**

Mitte Juli diesen Jahres besuchte der für die Erweiterung zuständige EU-Kommissar Günter Verheugen Ankara zu Gesprächen über den politischen und wirtschaftlichen Annäherungsprozess des Kandidatenlandes Türkei an die Europäische Union. Einen Tag vor der Ankunft Verheugens war der ANAP-Vorsitzende Mesut Yılmaz von Ministerpräsident Bülent Ecevit zum stellvertretenden Ministerpräsidenten und Staatsminister berufen worden, der zuständig ist für die Türkei-EU-Beziehungen. Wenige Wochen vorher hatte das türkische Parlament in seinen letzten Sitzungen vor der Sommerpause beschlossen, weder Mesut Yılmaz noch Tansu Çiller wegen Korruptionsvorwürfen vor das Oberste Gericht zu stellen.

Da die Koalitionspartei MHP im zuständigen Ausschuss des Türkischen Parlaments für die Anklage von Yılmaz gestimmt hatte, was zu entsprechenden Spannungen zwischen MHP und ANAP führte, wurde in den türkischen Medien auch angenommen, dass die MHP eine Berufung von Yılmaz möglichst verzögern wolle und dass Außenminister Cem (DSP) die Befürchtung habe, Yılmaz wolle ihm wichtige Kompetenzen wegnehmen. Schon vor der Berufung von Yılmaz mit der neuen Zuständigkeit für die Türkei-EU-Beziehungen (bezogen auf den Anpassungsprozess der Türkei an die EU; für die außenpolitischen Beziehungen zwischen Türkei und EU ist nach wie vor der Außenminister zuständig) hatte es wochenlange Streitigkeiten innerhalb der Koalition zwischen DSP, MHP und ANAP über die Frage gegeben, durch welche Organisationsform der

notwendige Anpassungsprozess der Türkei an die EU-Richtlinien am effizientesten und am schnellsten zu erreichen sei. Das Ergebnis war die Schaffung einer neuen Generaldirektion für diese Aufgabe, an deren Spitze Botschafter Volkan Vural gesetzt wurde, der u.a. Botschafter der Türkei in Deutschland und zuletzt bei der UN gewesen war.

Politischer Chef dieser neu geschaffenen Behörde ist nunmehr Mesut Yılmaz. Sowohl Yılmaz wie Vural sind sehr erfahrene und qualifizierte Politiker bzw. Beamte; beide sprechen deutsch und sind in außenpolitischen Fragen sehr erfahren. Ob es ihnen gelingt, die Wünsche und Forderungen der EU zu erfüllen, ist eine ganz andere Frage. Denn die teilweise bewusst falsche Berichterstattung in den türkischen Medien über die Verheugen-Forderungen hat gezeigt, dass es trotz positiver Umfrageergebnisse zur EU-Mitgliedschaft der Türkei und trotz der Unterstützung dieses Ziels durch alle im türkischen Parlament vertretenen Parteien durchaus auch Kritiker und Gegner dieses politischen Konzepts gibt. Sie befürchten vor allem, dass die Türkei zu weitgehende Zugeständnisse im Hinblick auf die innere Sicherheit und die Stabilität des Landes macht. Dabei geht es sicherlich auch um Macht und Einfluss dieser Gruppe selbst.

Es ist ganz selbstverständlich auch damit zu rechnen, dass der Widerstand gegen diesen Kurs, der sich bisher eher im Verborgenen formiert, spätestens dann auch öffentlich formuliert wird, wenn ab Herbst diesen Jahres ganz konkret über die nächsten Schritte zur Erfüllung der Kopenhagen-Kriterien nachgedacht und entschieden wird. Dies war und ist übrigens in allen Kandidatenländern so – ich verweise in diesem Zusammenhang zum Beispiel nur auf Polen.

Das Militär, das in der Türkei traditionell einen großen politischen Einfluss besitzt und sich als Bewahrer der kemalistischen Prinzipien versteht, hat schon durch seinen Generalstabschef erklären lassen, dass es mit einer Erhöhung der Zahl der Politiker im Nationalen Sicherheitsrat, der im Augenblick noch zwischen Militärs und Politikern paritätisch besetzt ist, einverstanden sei. Formal hat der Nationale Sicherheitsrat nach der Verfassung nur eine beratende Funktion, de facto sind seine Beschlüsse aber

■ **Das Militär, das in der Türkei traditionell einen großen politischen Einfluss besitzt und sich als Bewahrer der kemalistischen Prinzipien versteht, hat schon durch seinen Generalstabschef erklären lassen, dass es mit einer Erhöhung der Zahl der Politiker im Nationalen Sicherheitsrat, der im Augenblick noch zwischen Militärs und Politikern paritätisch besetzt ist, einverstanden sei.**

bisher für Regierung und Parlament immer Weisungen gewesen, die ausgeführt wurden. Daran wird sich erst etwas ändern, wenn die Politiker selbstbewusster gegenüber dem Militär werden und im Sicherheitsrat ernsthafte, streitige Diskussionen mit den Militärs führen.

Die Abschaffung oder Präzisierung des Artikels 312 im türkischen Strafgesetzbuch, mit dessen Hilfe bisher zahlreiche Intellektuelle, Journalisten und Politiker zu Gefängnisstrafen verurteilt wurden wegen Missbrauchs der Religion zu politischen Zwecken oder wegen Separatismus-Propaganda, wird vom Militär offensichtlich abgelehnt. Dies gilt auch für die Aufhebung des Annahmezustandes in den letzten kurdischen Provinzen des Landes. Bei diesen Themen bremsen das Militär und der Sicherheitsapparat, und die Politik muss entscheiden, ob sie sich über deren Bedenken hinwegsetzt oder nicht.

### ■ **Reformen zur Gesundung von Wirtschaft, Haushalt und sozialen Sicherungssystemen**

■ **Bisher hat die Regierungsmehrheit, die aus einer Parlamentswahl am 18.4.1999 hervorgegangen ist, bemerkenswert zielstrebig unpopuläre, aber dringend notwendige Reformen durchgesetzt, die ihr zu Regierungsbeginn kaum jemand zugetraut hätte.**

Bisher hat die Regierungsmehrheit, die aus einer Parlamentswahl am 18.4.1999 hervorgegangen ist, bemerkenswert zielstrebig unpopuläre, aber dringend notwendige Reformen durchgesetzt, die ihr zu Regierungsbeginn kaum jemand zugetraut hätte. Die Türkei ist eben immer für Überraschungen gut. Manchmal auch für positive. In pausenlosen Sitzungen bis in den August hinein verabschiedete das türkische Parlament im letzten Jahr mit stabiler Mehrheit und in ungewohnter Schnelligkeit in drei Monaten mehr Reformgesetze als alle Vorgängerregierungen und -parlamente in zwei Legislaturperioden zusammen.

Die schwierigste und umstrittenste Reform war die der seit Jahrzehnten defizitären Renten- und Krankenversicherung, die durch Parlamentsbeschluss Gesetz wurde. Mit der Heraufsetzung des Rentenalters (für Frauen auf 58 Jahre, für Männer auf 60 Jahre) und der Anhebung der Sozialbeiträge wurde gegen den heftigen Widerstand der Gewerkschaften dieser große Schritt zur finanziellen Sanierung der sozialen Sicherungssysteme möglich. Gleichzeitig wurde erstmalig in der Türkei eine Arbeitslosenversicherung eingeführt.

Die Reform des Bankensystems und die Stärkung der staatlichen Bankenaufsicht stabilisierte das kurz vor dem Kollaps stehende Banken- und Finanzierungssystem. Durch Verfassungs- und Gesetzesänderungen wurden die Voraussetzungen dafür geschaffen, dass die Türkei in Zukunft bei Großinvestitionen durch Beteiligung von ausländischen Geldgebern die internationale Schiedsgerichtsbarkeit anerkennt, was eine entscheidende Voraussetzung für ausländische Investitionen ist. In der Vergangenheit war dies immer wieder im Parlament gescheitert, weil man die Abgabe nationaler Souveränität und die stärkere Abhängigkeit vom Ausland fürchtete. Als Folge der Zollunion war schon zuvor eine nationale Wettbewerbsbehörde eingeführt und ein modernes Zollgesetz verabschiedet worden, das die häufig undurchsichtigen und höchst bürokratischen Zollformalitäten erleichtern sollte.

Die schnelle Verabschiedung dieses Reformpakets hat das Vertrauen der türkischen Wirtschaft in die Koalitionsregierung gestärkt. Dazu hat eine Reform der Steuergesetzgebung, die auf die Belange der Wirtschaft stärker Rücksicht nahm, und die Verabschiedung eines konsequenten Inflationsbekämpfungsprogramm mit Senkung der Staatsausgaben beigetragen. Die Istanbuler Börse belohnte diese Entscheidungen der Regierung mit einem Kursfeuerwerk, so dass die Aktien bis zum Jahresende 1999 um 485 Prozent gestiegen waren.

Die Realisierung dieses wirtschafts-, finanz- und sozialpolitischen Reformprogramms erleichterte der türkischen Regierung auch die Verhandlungen mit dem Internationalen Währungsfond (IWS) um einen Stand-By-Kredit. Im Januar dieses Jahres erhielt die Türkei einen Vier-Milliarden-Dollar-Kredit zugesagt, nachdem sie sich verpflichtet hatte, die Inflation, die im letzten Jahr noch bei über 60 Prozent lag, in diesem Jahr auf 25 Prozent und in den beiden Folgejahren auf zwölf bzw. sieben Prozent zu senken. Dieses Ziel will die Regierung durch einen schrittweisen Abbau der Staatsverschuldung und der Subventionen für die Landwirtschaft erreichen. Die türkische Zentralbank legte gleichzeitig für das Gesamtjahr 2000 einen bestimmten Wechselkurswert zwischen Türkischer Lira und Dollar fest. Dies hatte zur Folge, dass die Zinsen auf türkische Staatspapiere in

■ **Die schnelle Verabschiedung dieses Reformpakets hat das Vertrauen der türkischen Wirtschaft in die Koalitionsregierung gestärkt.**

Türkischer Lira von 150 auf 37 Prozent ebenso gesunken sind wie die hohen Zinssätze der Banken. Voraussichtlich wird die Inflationsrate Ende diesen Jahrs bei 35 Prozent liegen, was auch schon ein großer Fortschritt wäre.

Seit 15 Jahren wird die Privatisierung gefordert, aber nur wenig wurde realisiert – weil entweder die Parlamentsmehrheiten fehlten oder entsprechende Gesetze durch Urteile des von Gegnern der Privatisierung angerufenen Verfassungsgerichts aufgehoben wurden. Nachdem nun durch Verfassungs- und Gesetzesänderungen auch die Privatisierung der ineffizienten und defizitären Staatsunternehmen rechtlich erleichtert wurde, dürfte das Versprechen der türkischen Regierung, in den nächsten Jahren 20 Staatsbetriebe zu privatisieren, vielleicht eher eine Chance auf Realisierung haben.

■ **Auch wenn vielleicht nicht alle wirtschaftlichen Ziele der Regierung erreicht werden, weil nicht zuletzt die Folgen der beiden schweren Erdbeben nicht so leicht zu verkraften sind, schaut die türkische Wirtschaft wieder optimistisch in die Zukunft und rechnet im Jahre 2000 mit einem Wirtschaftswachstum von fünf Prozent.**

Auch wenn vielleicht nicht alle wirtschaftlichen Ziele der Regierung erreicht werden, weil nicht zuletzt die Folgen der beiden schweren Erdbeben nicht so leicht zu verkraften sind, schaut die türkische Wirtschaft wieder optimistisch in die Zukunft und rechnet im Jahre 2000 mit einem Wirtschaftswachstum von fünf Prozent. Damit wäre die schwere Rezession des letzten Jahres endgültig überwunden. Unter dieser Konsolidierungspolitik leiden vor allem die Beamten wegen sehr niedriger Gehaltserhöhungen und die Landwirte wegen Kürzung der Subventionen, was schon zu entsprechenden Protesten geführt hat. Ob die Regierung ihren Kurs durchhalten kann, ist deshalb keineswegs sicher.

### ■ **Reformen zur Stärkung von Demokratie und Menschenrechten**

Haben die Zielstrebigkeit bei der Umsetzung erforderlicher Wirtschafts-, Finanz- und Sozialreformen kritische Beobachter der türkischen Regierung schon überrascht, so hatten sie noch weniger erwartet, dass diese Regierung auch auf dem ungleich schwierigeren Gebiet der Stärkung von Rechtssicherheit, Bürgerfreiheit und Menschenrechten durchaus ernst zu nehmende Reformanstrengungen unternahm – sicherlich nicht zuletzt auch deshalb, um die Chancen der Türkei für die Erreichung des EU-Kandidatenstatus in Helsinki zu verbessern. Entgegenkom-

men zeigte die Türkei gegenüber der Kritik aus Europa zum Beispiel dadurch, dass sie den bisherigen Militärrichter als Mitglied des Staatssicherheitsgerichts durch einen Zivilrichter ersetzte. Die Verabschiedung eines „Reuegesetzes“ sollte es den PKK-Kämpfern erleichtern, der Forderung Öcalans nachzukommen und ihren bewaffneten Kampf einzustellen, indem es ihnen unter allerdings sehr strengen Bedingungen Straffreiheit oder Strafnachlass zusagte, bisher allerdings ohne durchschlagenden Erfolg.

Im Herbst letzten Jahres erregte der Vorsitzende des obersten Appellationsgerichtes, (vergleichbar dem Bundesgerichtshof) Sami Selçuk, mit seiner Rede zur Eröffnung des neuen Gerichtsjahres großes Aufsehen, in der er auf schwere Demokratiedefizite in der türkischen Verfassung hinwies, die eher den Staat vor dem Bürger, statt umgekehrt den Bürger vor dem Staat schütze. Diese Aussagen erfuhren in den türkischen Medien neben Kritik auch deutliche Unterstützung. Inzwischen hat die türkische Regierung eine Expertenkommission zur Überarbeitung der Verfassung und des Strafgesetzbuches eingesetzt. Auf einem Kongress zum Thema Verfassungsreform im Juni dieses Jahres wiederholte Selçuk diese Forderungen. Aber auch der neue Präsident der Republik, Sezer, sowie der Justizminister Türk bekannten sich bei dieser Gelegenheit zur Notwendigkeit von Verfassungsreformen.

Die Strafen für Folter und Misshandlungen durch Polizei und Sicherheitskräfte wurden erheblich verschärft. Das gilt auch für Ärzte, die durch falsche Gutachten Folter vertuschen wollen. Ein noch aus der osmanischen Zeit stammendes Gesetz, wonach Beamte wegen Straftaten (z.B. Korruption, Folter, Misshandlungen usw.) durch den Staatsanwalt nur verfolgt und angeklagt werden können, wenn die Genehmigung seines Vorgesetzten vorliegt, wurde reformiert, so dass nunmehr nach Ablauf relativ kurzer Fristen der Staatsanwalt Straftaten von Beamten verfolgen und zur Anklage bringen kann. Diese Gesetzesänderung sollte in ihrer Bedeutung nicht unterschätzt werden, weil sich künftig kein türkischer Beamter mehr darauf verlassen kann, dass Anschuldigungen gegen ihn letztlich im Sande verlaufen werden, sondern er wird jetzt für Straftaten zur Rechenschaft gezogen.

■ Im Herbst letzten Jahres erregte der Vorsitzende des obersten Appellationsgerichtes, Sami Selçuk, mit seiner Rede zur Eröffnung des neuen Gerichtsjahres großes Aufsehen, in der er auf schwere Demokratiedefizite in der türkischen Verfassung hinwies, die eher den Staat vor dem Bürger, statt umgekehrt den Bürger vor dem Staat schütze.

In einem langwierigen Verhandlungsprozess zwischen Vertretern von Regierung und Parlament auf der einen und Vertretern des Türkischen Journalistenverbandes auf der anderen Seite beschloss das türkische Parlament, dass Schriftsteller und Journalisten, die wegen Meinungsäußerungen (zum Beispiel Missbrauch der Religion für politische Zwecke, Unterstützung separatistischer Ziele) rechtskräftig zu Gefängnisstrafen verurteilt worden waren und im Gefängnis saßen, frei gelassen wurden, weil die Urteile nachträglich auf Bewährung ausgesetzt wurden. Dadurch konnten ca. 30 Schriftsteller und Journalisten aus dem Gefängnis geholt werden. Dies ist immerhin ein erster Fortschritt, wenngleich mittelfristig das Ziel sein muss, alle Vorschriften des Strafgesetzes und des Antiterrorgesetzes, die die Meinungsfreiheit bedrohen, abzuschaffen.

■ **Wie ernst die Regierung das Thema Menschenrechte nimmt, ist auch daran abzulesen, dass das türkische Innenministerium zusammen mit türkischen NGO's unter Leitung der Philosophie-Professorin Frau Ionna Kuçuradi ein Erziehungsprogramm für Polizisten und Beamte zum Thema Menschenrechte entwickelt hat, das jetzt umgesetzt wird.**

Wie ernst die Regierung das Thema Menschenrechte nimmt, ist auch daran abzulesen, dass das türkische Innenministerium zusammen mit türkischen NGO's unter Leitung der Philosophie-Professorin Frau Ionna Kuçuradi ein Erziehungsprogramm für Polizisten und Beamte zum Thema Menschenrechte entwickelt hat, das jetzt umgesetzt wird. Die Aufhebung des Ausnahmezustandes, der noch in vier Provinzen im kurdischen Südosten des Landes gilt, ist eine weitere wichtige Voraussetzung für Fortschritte auf dem Gebiet der Menschenrechte; denn Willkür, Misshandlungen und Folter finden vor allen Dingen in den Provinzen statt, in denen der Ausnahmezustand herrscht, weil dort die Sicherheitskräfte und das Militär Sondervollmachten haben und dort die ansonsten in der Türkei gültigen Schutzrechte der Bürger außer Kraft gesetzt sind.

Nachdem nun auch von offizieller Seite bestätigt wurde, dass die terroristischen Angriffe von Seiten der PKK im Südosten des Landes drastisch zurückgegangen sind, besteht erstmalig seit 15 Jahren die Hoffnung, dass Sicherheit und innerer Frieden auch im südöstlichen Teil des Landes einziehen können. Vielleicht hat dann auch das wirtschaftliche Förderungsprogramm für den Südosten, das die Ecevit-Regierung noch im letzten Jahr beschlossen hatte, wonach Investoren in dieser Region Steuerfreiheit, kostenlosen Baugrund und verbilligte Energiekosten genießen, auch mehr Chancen auf Realisierung, da-

mit dort die dringend benötigten Arbeitsplätze geschaffen werden können.

Nach der Helsinki-Entscheidung zugunsten des türkischen EU-Mitgliedsstatus empfahl Außenminister Ismail Cem, Kurden die öffentliche Benutzung ihrer Sprache in Rundfunk und Fernsehen zu erlauben. Daraufhin wurde er wegen separatistischer Propaganda angezeigt, aber der zuständige Staatsanwalt eröffnete im Gegensatz zu früheren Fällen kein Verfahren, weil derartige Äußerungen nach seiner Auffassung zur verfassungsrechtlich garantierten Meinungsfreiheit gehörten. Es gibt zwar einige kleinere kurdische Zeitungen in der Türkei, die immer wieder unter verschiedenen Vorwänden schikaniert oder verboten werden, weil die Rechtslage unklar und die Rechtsprechung widersprüchlich ist. Auch im Zusammenhang mit dem Verheugen-Besuch wurde dieses Thema wieder öffentlich diskutiert.

Nach der türkischen Verfassung ist die öffentliche Benutzung einer anderen Sprache als der türkischen nicht zulässig, wenn sie durch ein Gesetz verboten ist. Durch eine Gesetzesänderung ist auf Betreiben der ANAP Kurdisch seit Anfang der neunziger Jahre nicht mehr verboten, weshalb es die erwähnten wenigen kurdischen Zeitungen, v.a. in Istanbul, gibt. Aber in den kurdischen Provinzen im Südosten des Landes würde jede Lokalzeitung eine sofortige Schließung riskieren, falls sie die kurdische Sprache benutzen sollte. Da solche kleinen Zeitungen sich einen jahrelangen Prozess durch alle Instanzen finanziell nicht leisten können, verzichten sie also darauf.

Für Rundfunk- und TV-Sender allerdings gibt es die spezielle Kontrollbehörde RTUK, die rechtlich legitimiert ist, Sender für einige Tage oder gar Wochen zu schließen, wenn sie gegen die guten Sitten oder den Jugendschutz verstoßen, die kurdische Sprache benutzen, usw. Im RTUK-Gesetz steht, dass Radio- und TV-Sender auf Türkisch senden sollen und sie andere Haupt-Sprachen nur nutzen können, wenn sie zur Schaffung eines universellen künstlerischen oder wissenschaftlichen Werks beitragen. Dazu gehört nach der bisherigen Rechtsprechung Kurdisch nicht. RTUK hat seit 1994 353 Prozesse führen müssen, die vorübergehend geschlossene Radio- und TV-Sender (auch auf lokaler Ebene) gegen sie geführt haben, 71 Prozent davon hat RTUK gewonnen. In

■ **Nach der türkischen Verfassung ist die öffentliche Benutzung einer anderen Sprache als der türkischen nicht zulässig, wenn sie durch ein Gesetz verboten ist.**

■ **Das Thema Meinungsfreiheit ist für die Regierung politisch besonders heikel, genauso wie der Vollzug des Todesurteils gegen Öcalan. Es kann nur durch einen Beschluss des türkischen Parlaments in Form eines Gesetzes vollstreckt werden, das vom Staatspräsidenten unterschrieben werden muss.**

Zukunft soll durch eine Gesetzesänderung erreicht werden, dass RTUK nur noch Geldstrafen und keine Schließungen mehr verhängen kann.

Das Thema Meinungsfreiheit ist aber für die Regierung politisch besonders heikel, genauso wie der Vollzug des Todesurteils gegen Öcalan. Es kann nur durch einen Beschluss des türkischen Parlaments in Form eines Gesetzes vollstreckt werden, das vom Staatspräsidenten unterschrieben werden muss. Ca. 50 Todesurteile liegen deshalb bisher unbearbeitet im zuständigen Ausschuss des türkischen Parlaments, weil seit 1984 kein Todesurteil vollstreckt wurde. Ob über das Todesurteil gegen Öcalan im türkischen Parlament sofort abgestimmt oder auf das ausstehende Urteil des Europäischen Gerichtshofes für Menschenrechte gewartet werden sollte, war ein derartig strittiges Thema, dass die Koalition daran beinahe zerbrochen wäre. Nun wartet man, und viele haben die Hoffnung, dass bis zu der Entscheidung des Europäischen Gerichtshof eine Lösung gefunden wird, die es verhindert, dass Öcalan gehängt wird. MP Ecevit hat angekündigt, dass die Abschaffung der Todesstrafe im Herbst auf der Tagesordnung des Parlaments stehen werde. Sein Koalitionspartner MHP ist dafür, wenn Öcalan davon ausgenommen wird. Eventuell wird eine positive Entscheidung für die Abschaffung der Todesstrafe unter Einbeziehung Öcalans erreicht, indem im Parlament koalitionsübergreifend entschieden wird. Die MHP wäre mit solch einem Verfahren einverstanden, die ANAP nicht.

■ **Wahl des neuen türkischen Staatspräsidenten  
Ahmet Necdet Sezer**

Von Seiten der Europäischen Union ist der Türkei mehrfach vorgehalten worden, sie habe nach der Entscheidung in Helsinki Ende letzten Jahres keine konkreten Schritte zur Erfüllung der Kopenhagen-Kriterien unternommen. Dies ist nicht ganz richtig, aber auch nicht falsch, denn es wurden einige wesentliche, oben dargestellte Reformen realisiert. Richtig ist aber auch, dass die erste Hälfte dieses Jahres die Parlaments- und Regierungsarbeit weitestgehend gelähmt war, weil am 16. Mai im türkischen Parlament der neue Staatspräsident gewählt werden

musste. Der bisherige Amtsinhaber, Süleyman Demirel, und Ministerpräsident Bülent Ecevit hatten sich schon relativ früh dafür ausgesprochen, die türkische Verfassung zu ändern, um Demirel eine Wiederwahl zu ermöglichen, was nach der Verfassung bisher nicht möglich ist.

Obwohl sich öffentlich die drei Vorsitzenden der Koalitionsparteien Ecevit, Bahçeli und Yılmaz für diese Verfassungsänderung ausgesprochen hatten, erschien es von Anfang an unklar, ob sie dieses Ziel erreichen würden, weil insbesondere in der ANAP, aber auch in den übrigen Parteien, der Widerstand gegen diese Verfassungsänderung aus verschiedenen Gründen erheblich war. Mesut Yılmaz von der ANAP hat zwar nie offiziell seine Kandidatur für das Amt des Staatspräsidenten erklärt, aber intern war man immer davon ausgegangen, dass er dieses Amt anstrebe. In einem langwierigen und häufig verwirrenden Entscheidungsprozess erlitten Demirel und Ecevit eine schwere Niederlage, weil die Verfassungsänderung im Parlament scheiterte. Dies wurde vor allen Dingen Yılmaz und seiner Partei angekreidet. Nach dem Scheitern der geplanten Verfassungsänderung verzichtete Yılmaz auf die Kandidatur für das Amt des Staatspräsidenten, weil er sich davon überzeugen musste, dass weder Ecevit noch Bahçeli seine Kandidatur unterstützen würden und er eine Niederlage nicht riskieren wollte.

Zur großen Überraschung der türkischen Öffentlichkeit schlugen dann die drei Vorsitzenden der Koalitionsparteien gemeinsam Herrn Ahmet Necdet Sezer als ihren Kandidaten für das Amt des Staatspräsidenten vor, und dieser wurde auch im dritten Wahlgang mit klarer Mehrheit gewählt. Der Vorschlag Sezer war deshalb überraschend, weil er allen zuvor für dieses Amt öffentlich genannten Auswahlkriterien widersprach, wonach der Kandidat Mitglied des Parlaments sein, politische und Verwaltungserfahrung besitzen und mindestens eine Fremdsprache sprechen sollte. Die Wahl von Sezer, der sich als Präsident des Verfassungsgerichts mehrfach sehr kritisch zur Türkischen Verfassung von 1982 öffentlich geäußert hatte, wurde in der türkischen Öffentlichkeit bemerkenswert positiv bewertet, weil man sich von ihm als Nicht-Politiker, Nicht-Militär und Nicht-Bürokrat erhofft, dass er politisch neutraler ist und

■ **Zur großen Überraschung der türkischen Öffentlichkeit schlugen die drei Vorsitzenden der Koalitionsparteien gemeinsam Herrn Ahmet Necdet Sezer als ihren Kandidaten für das Amt des Staatspräsidenten vor, und dieser wurde auch im dritten Wahlgang mit klarer Mehrheit gewählt.**

■ In den ersten zwei Monaten seiner Amtszeit hat Sezer schon deutliche Akzente gesetzt, die allerdings in der türkischen Öffentlichkeit keineswegs unumstritten waren. Seine Nichtteilnahme an einer Sitzung in Teheran, aber seine Teilnahme an der Beerdigung von Assad in Syrien stießen auf ein geteiltes Echo.

engagierter für die erforderlichen Reformen in der Türkei eintritt als sein Vorgänger.

In den ersten zwei Monaten seiner Amtszeit hat Sezer schon deutliche Akzente gesetzt, die allerdings in der türkischen Öffentlichkeit keineswegs unumstritten waren. Seine Nichtteilnahme an einer Sitzung in Teheran, aber seine Teilnahme an der Beerdigung von Assad in Syrien stießen auf ein geteiltes Echo. Seine Rede zum Thema „Verfassungsreform“, in der er sich deutlich zu seinen früheren Äusserungen als Verfassungsgerichtspräsident zur Notwendigkeit der Änderung der türkischen Verfassung bekannte, wurde in den türkischen Medien positiv bewertet. Die zweimalige Rückgabe einer Vorschlagsliste für die Berufung von Hochschulrektoren, die ihm der Türkische Hochschulrat (YÖK) vorgelegt hatte, wurde befürwortet und kritisiert. In jedem Fall hat Sezer dadurch erreicht, dass an der Universität Izmir derjenige Professor zum Rektor berufen wurde, der bei der Abstimmung unter seinen Kollegen die meisten Stimmen bekommen hatte, während YÖK ihm einen Kandidaten vorgeschlug, der nur ganz wenige Stimmen erhalten hatte. Die Institution des YÖK ist ohnehin in der türkischen Öffentlichkeit, an den Universitäten und in den Medien höchst umstritten und schon mehrfach wurde die Forderung aufgestellt, diese Institution abzuschaffen oder in ihren Kompetenzen drastisch zu beschränken. Dies wird ganz sicher auch ein Thema sein, das von Seiten der EU gegenüber der Türkei angesprochen werden wird.

Zwar hat der türkische Staatspräsident nach der Verfassung erheblich mehr Kompetenzen als der deutsche Bundespräsident. Aber seine Position ist deshalb politisch besonders wichtig, weil die Türkei immer noch ein Land ist, das bestimmt wird durch eine obrigkeitstaatliche Mentalität. Und wenn der Staatspräsident etwas öffentlich fordert oder nicht-öffentlich etwas unterstützt oder verhindern will, dann hat dies ein erhebliches Gewicht. Außerdem ist der Staatspräsident Oberbefehlshaber, Vorsitzender des mächtigen nationalen Sicherheitsrates, er sanktioniert außenpolitische Verträge, beruft die Mitglieder des YÖK, die Hochschulrektoren, die Botschafter und hohen Beamten; er kann in einer bestimmten politischen Situation eine Volksabstimmung herbei-

führen und gegen Gesetze ein Veto einlegen, das nur mit einer absoluten Mehrheitsentscheidung des Parlaments überwunden werden kann.

Ob Sezer die Möglichkeiten, die ihm formalrechtlich nach der türkischen Verfassung gegeben sind, und die in der Praxis bestehenden Einflussmöglichkeiten entsprechend geschickt nutzen kann, um den erforderlichen politischen Reformprozess in der Türkei voranzutreiben, wird sich zeigen. Seine als bescheiden geltende Art (sein Wagen hält zum Beispiel vor einer roten Verkehrsampel), die Reduzierung des Personals und der Ausgaben im Amt des Staatspräsidenten haben ihm viel Sympathie eingebracht. Andererseits scheint er im Gegensatz zu Demirel die öffentlichen Auftritte nicht zu lieben, er ist kein fulminanter Redner und hat natürlich auch nicht die zahlreichen persönlichen politischen Kontakte, wie sie für einen Politiker typisch sind.

### ■ Die Türkei von Europa aus gesehen

Für die Türkei war Europa seit Mitte des 19. Jahrhunderts das politische Vorbild, an dem man sich orientierte. Der Kandidatenstatus und später die EU-Mitgliedschaft sind, bzw. werden der Schlussstein dieser Westorientierung der Türkei sein. In den nächsten Jahren werden politisch das Zentralthema der Auseinandersetzung die erforderlichen Reformen im Hinblick auf die EU-Mitgliedschaft sein.

Für Europa dagegen lag die Türkei bewusstseinsmäßig immer in weiter Ferne, im Orient. Sie wurde und wird auch heute noch von der Mehrzahl der Europäer nicht selbstverständlich zu Europa gezählt. Europa, vor allen Dingen auch Deutschland, legte immer Wert auf gute Beziehungen zu diesem wichtigen Land in einer schwierigen Region. Aber an eine EU-Mitgliedschaft der Türkei haben sicherlich die wenigsten europäischen Politiker ernsthaft geglaubt. Für sie stand dieses Thema nicht auf der Tagesordnung. Sie haben die Türkei hingehalten und letztlich wenig Verständnis dafür gehabt, das sie wirklich Mitglied im Europäischen Club werden wollte. Auch in Deutschland, das schon aus historischen Gründen der Türkei immer freundschaftlich verbunden war – wengleich diese Verbundenheit in der Türkei immer stärker als in Deutschland verwurzelt war –,

■ Für die Türkei war Europa seit Mitte des 19. Jahrhunderts das politische Vorbild, an dem man sich orientierte. Der Kandidatenstatus und später die EU-Mitgliedschaft sind, bzw. werden der Schlussstein dieser Westorientierung der Türkei sein.

wurde viele Jahre die EU-Mitgliedschaft der Türkei nicht ernsthaft ins Auge gefasst, egal, was man in öffentlichen Erklärungen sagte.

Eine Mitgliedschaft der Türkei in der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft oder in der Sechser-Gemeinschaft der Europäischen Union wäre auch schwer vorstellbar gewesen; aber mit dem beginnenden Erweiterungsprozess der EU durch die Aufnahme von Mitgliedern wie Griechenland, die von manchen europäischen Politikern lange Zeit als Fehler angesehen wurde, und mit der Aufnahme von Spanien und Portugal erfuhr die EU eine neue Dynamik und Attraktivität. Durch das Ende des Kalten Krieges und den Zerfall der Sowjetunion erhielt allerdings der Erweiterungsprozess der EU einen bis dahin kaum vorstellbaren Schwung. Für Westeuropa war es selbstverständlich, die osteuropäischen Nachbarstaaten, die bis zum Kalten Krieg kulturell, wirtschaftlich und politisch immer zu Europa gehört hatten, in den Beitrittsprozess einzubeziehen. Insbesondere Deutschland hat hierin auch eine Vorreiterrolle übernommen. Großzügige Mitgliedschaftsangebote an Länder wie Ungarn, die Slowakei, Tschechien, Polen, die baltischen Staaten sowie Rumänien und Bulgarien waren die Folge.

Weil sich aber die EU nicht vor Beginn dieses umfassenden Erweiterungsprozesses auf dessen Finalität und Folgen verständigt hat, weil unklar blieb, wo die Grenzen Europas liegen und anhand welcher Interessenlagen über die Aufnahme von neuen Mitgliedern entschieden werden sollte, war man auf den nunmehr dringlich vorgetragenen Beitrittswunsch der Türkei nicht vorbereitet. Deshalb hat die EU darauf auch missverständlich, inhaltlich und abwehrend reagiert. Die mit der Osterweiterung von der EU selbst in Gang gesetzte Erweiterungsdynamik musste automatisch den Mitgliedswunsch der Türkei revitalisieren, was die EU aber nicht erkannte. Offensichtlich glaubte man, die Türkei durch die Gewährung der Zollunion für einige Zeit ruhigstellen zu können.

Die Türkei war damit aber nicht zufrieden und reagierte entsprechend enttäuscht. Die EU wiederum fühlte sich von der damaligen türkischen Ministerpräsidentin Tansu Çiller getäuscht, da diese die Notwendigkeit der Zollunion vor allem auch mit der

■ Die mit der Osterweiterung von der EU selbst in Gang gesetzte Erweiterungsdynamik musste automatisch den Mitgliedswunsch der Türkei revitalisieren, was die EU aber nicht erkannte.

ansonsten drohenden islamistisch-fundamentalistischen Gefahr begründete, um anschließend der islamistischen Refah in die Regierung zu verhelfen.

Die Erklärungen des EVP-Vorsitzenden Martens vom März 1997 in Brüssel, dass die Türkei nicht EU-Mitglied werden könne, weil die EU ein „kulturelles Projekt“ sei, und der Luxemburger EU-Gipfel, der der Türkei ebenfalls die Mitgliedschaftsperspektive verweigerte, waren der letzte Versuch der EU, eine EU-Mitgliedschaft der Türkei abzuwehren und sie mit einer EU-Anbindung unterhalb der Mitgliedschaft zufriedenzustellen, sozusagen mit einer „Zollunion plus“.

Die deutsch-türkischen Beziehungen haben sich nach dem EU-Gipfel in Helsinki erheblich verbessert, während sie sich in den Jahren zuvor eher im negativen Bereich bewegten. Eine Belastung könnten die Beziehungen noch einmal erfahren, wenn die Bundesregierung sich gegen die Lieferung des Panzers Leopard 2 entscheiden sollte. Offensichtlich werden die Tests der verschiedenen Panzermodelle Ende August abgeschlossen sein und die Berichte darüber vorliegen. Das türkische Militär soll den Leopard 2 bevorzugen, und niemand in der Türkei hätte hier Verständnis für eine negative deutsche Entscheidung. Aber zu dramatischen politischen Entwicklungen würde sie auch nicht führen, da es ja für die Türkei genügend andere Angebote gibt. Eigentlich müsste dann eher die deutsche Regierung und Parlamentsmehrheit in politische Turbulenzen geraten, weil sie einen wirtschaftlichen und arbeitsmarktpolitisch wichtigen Auftrag aus nicht nachvollziehbaren ideologischen Gründen ablehnt.

■ **Die deutsch-türkischen Beziehungen haben sich nach dem EU-Gipfel in Helsinki erheblich verbessert, während sie sich in den Jahren zuvor eher im negativen Bereich bewegten.**

### ■ **Politische Folgen der EU-Perspektive für die Türkei**

Mit der Entscheidung des EU-Gipfels in Helsinki im Dezember letzten Jahres zugunsten einer Kandidatenperspektive für die Türkei hat die EU die Phase der Unklarheiten und Unsicherheiten beendet und eine eindeutige Positionsbestimmung gegenüber der Türkei vorgenommen. Die EU hat damit Vertrauen in die politische Stringenz ihrer Politik und die Gleichbehandlung von Mitgliedschaftsaspiranten zurückgewonnen. Die Türkei kann und muss nun zei-

gen, wie ernst es ihr ist mit der Erfüllung der Kopenhagener Kriterien. Die Helsinki-Entscheidung der EU ist in der Türkei mit großer Zustimmung, wenn nicht gar Euphorie aufgenommen worden. Aus der Sicht der Türkei sind damit die langen Jahre des Hinhaltens und der Diskriminierung vorbei und die Türkei muss jetzt zeigen, ob ihre „europäische Berufung“ auch den harten Anforderungen einer EU-Mitgliedschaft im praktischen Handeln und Vollzug gerecht wird. In der Euphorie der ersten Wochen nach der Helsinki-Entscheidung hat der türkische Ministerpräsident Ecevit seine Hoffnung zum Ausdruck gebracht, dass in vier Jahren konkrete Beitrittsverhandlungen zwischen der Türkei und der EU beginnen könnten.

Angesichts der Vielzahl der noch zu lösenden Probleme und anstehenden Veränderungen erscheint diese Aussage allzu optimistisch. Da sie ohnehin von kaum jemanden in der Türkei geglaubt wird, dürfte die Enttäuschung über die Nichterreichung dieses Zieles eher gering sein. Zwar hat die jetzige Regierungskoalition, wie bereits dargestellt, wichtige Reformen auf den Weg gebracht. Trotzdem kann man den Eindruck gewinnen, dass einer Vielzahl von Politikern, Beamten, Publizisten und sonstigen Meinungsführern im Land nicht klar ist, welch ungeheurer Veränderungs- und Anpassungsprozess der Türkei noch bevorsteht, bis sie die EU-Mitgliedschaft erreicht.

Problematisch wäre es, wenn durch einen sehr schnellen Veränderungs- und Annäherungsprozess der Türkei an die EU die türkische Bevölkerung, der Mann auf der Straße, von dieser Entwicklung völlig überrollt und überfordert werden würde. Es wird noch sehr viel Aufklärungs- und Informationsarbeit in der Türkei erforderlich sein, um die Zustimmung in der Bevölkerung zur EU-Mitgliedschaft erhalten zu können. Noch stimmen zwar ca. 60 bis 70 Prozent der Bevölkerung einer EU-Mitgliedschaft zu, aber es ist eine allgemeine Zustimmungserklärung, ohne sich naturgemäß über die Konsequenzen einer EU-Mitgliedschaft im Detail im Klaren zu sein. Wir wissen aus anderen Beitrittskandidaten-Ländern, wie schwer es ist, die Notwendigkeit schmerzlicher und unpopulärer Veränderungen klar zu machen und dafür Unterstützung zu erfahren. Wir wissen aus

■ **Problematisch wäre es, wenn durch einen sehr schnellen Veränderungs- und Annäherungsprozess der Türkei an die EU die türkische Bevölkerung, der Mann auf der Straße, von dieser Entwicklung völlig überrollt und überfordert werden würde.**

Deutschland, wie lange die Bevölkerung der Einführung des Euro ablehnend gegenüberstand.

Auch in den einzelnen EU-Mitgliedsländern wird noch ungeheuer viel Überzeugungsarbeit geleistet werden müssen, um dort in der Bevölkerung eine Zustimmung zur EU-Mitgliedschaft der Türkei erreichen zu können. Dies ist ganz sicher auf beiden Seiten noch ein langer Weg. Er verlangt auf beiden Seiten viel Fingerspitzengefühl, gegenseitige Unterstützung und Rücksichtnahme. Absolut kontraproduktiv wäre es, wenn dieses Thema aus innenpolitisch motivierten, taktischen Gründen in Wahlkämpfen missbraucht werden würde.

Auf den ersten Blick ist die jetzige Ausgangslage für die Türkei im Hinblick auf die Erreichung der Kopenhagen-Kriterien gar nicht so schlecht, denn alle im türkischen Parlament vertretenen Parteien unterstützen die EU-Mitgliedschaft der Türkei. Die nationalistische MHP, immerhin zweitstärkste Regierungspartei, und die islamische Fazilet, immerhin stärkste Oppositionspartei, haben noch vor wenigen Jahren einer türkischen EU-Mitgliedschaft eindeutig kritisch bis ablehnend gegenübergestanden. Inwieweit der jetzige politische Kurswechsel ein wirklich tiefgehender und von der gesamten Partei mitgetragener Überzeugungswandel oder nur eine oberflächliche kosmetische Korrektur ist, wird sich dann herausstellen, wenn die ersten schwierigen politischen Entscheidungen auf dem Weg zur EU anstehen, wie z.B. die Abschaffung der Todesstrafe, die Garantie der Meinungsfreiheit, Reform der Verfassung, Abschaffung der Staatssicherheitsgerichte usw.

Im Frühjahr letzten Jahres wurde in Ankara eine umfangreiche Jugenduntersuchung veröffentlicht, in der landesweit 2200 Jugendliche im Alter von 15 bis 27 Jahren repräsentativ befragt wurden. Ein Thema der Befragung war auch die Mitgliedschaft der Türkei in der Europäischen Union. Auf die Frage, welchen internationalen Organisationen sich die Türkei anschließen sollte, befürworteten 39 Prozent die Europäische Union, 13 Prozent die islamischen Länder, 21 Prozent die Turkrepubliken und 22 Prozent gar keine; die Unterstützung für eine EU-Mitgliedschaft war damals also keineswegs so eindeutig, wie man dies vielleicht annehmen würde. Allerdings sind 69 Prozent der Befragten der Auffassung, dass eine

■ **Auf den ersten Blick ist die jetzige Ausgangslage für die Türkei im Hinblick auf die Erreichung der Kopenhagen-Kriterien gar nicht so schlecht, denn alle im türkischen Parlament vertretenen Parteien unterstützen die EU-Mitgliedschaft der Türkei.**

■ **Das diffuse Gefühl, dass mit einer EU-Mitgliedschaft die nationale Identität und Selbstbestimmung der Türkei verloren gehe, ist in den nationalbewussten oder gar nationalistischen Kreisen sehr stark verbreitet.**

EU-Mitgliedschaft die Demokratie und Menschenrechte in der Türkei voranbringen und diese auch der türkischen Wirtschaft helfen würde. Gleichzeitig befürchten 30 Prozent, dass die Türkei mit einer EU-Mitgliedschaft ihre eigenen Werte und ihre eigene Identität verliere. Dieses eher diffuse Gefühl, dass mit einer EU-Mitgliedschaft die nationale Identität und Selbstbestimmung der Türkei verloren gehe, ist in den nationalbewussten oder gar nationalistischen Kreisen sehr stark verbreitet; die islamischen oder gar islamistischen Gruppen, darunter auch viele Intellektuelle, befürchten, dass die Türkei mit einer weiteren Verwestlichung als Folge der EU-Mitgliedschaft ihre muslimische Identität, ihre muslimischen Werte verliere.

Auch diese Umfrageergebnisse belegen noch einmal, dass für die Türkei die EU-Mitgliedschaft innenpolitisch keineswegs ein Selbstläufer ist. Viel Skepsis und Misstrauen müssen noch überwunden und viel Überzeugungsarbeit muss noch geleistet werden, um wenigstens die Mehrheit der Bevölkerung von der Richtigkeit dieser weichenstellenden Entscheidung dauerhaft zu überzeugen. Dies werden die politischen Entscheidungsträger der Türkei und die Medien alleine nicht schaffen, zumal die jetzige Geschlossenheit in dieser Frage nicht Bestand haben wird. Deshalb wird den Nichtregierungsorganisationen in diesem Prozess eine wichtige Rolle zukommen.

Dazu müsste aber die Zivilgesellschaft in der Türkei, die sich in den letzten zehn Jahren durchaus positiv entwickelt hat, noch erheblich kräftiger und eigenständiger werden. Noch ist der Staat in den Augen zu vieler Bürger die einzig entscheidende Institution, auf die er blickt, die ihn fördert, ermahnt, erzielt und bestraft. Der türkische Staat mit seiner schwerfälligen, zentralistischen und teilweise korrupten Bürokratie muss sich erst einmal vom Selbstverständnis des allwissenden, die Gesellschaft misstrauisch kontrollierenden Staates freimachen und erkennen, dass er eine dienende Funktion gegenüber dem Bürger hat und nicht umgekehrt. Die Emanzipation des Bürgers und der Gesellschaft vom Staat, die Vitalisierung und Mobilisierung einer freiheitlichen und pluralistischen Gesellschaft innerhalb eines vom Staat großzügig gesetzten rechtlichen Rahmens

ist eine zentrale Voraussetzung für die Fortentwicklung und Stabilisierung der Demokratie und des Rechtsstaates in der Türkei.

Weil dafür aber eine Mentalitäts- und Bewusstseinsänderung in der politischen, bürokratischen und militärischen Elite erforderlich ist, kann dieses Ziel nicht von heute auf morgen erreicht werden. Gesetze lassen sich relativ schnell ändern, wenn die parlamentarische Mehrheit und der politische Wille dafür vorhanden sind. Aber die dem Geiste der Gesetze entsprechende Umsetzung und Anwendung der Gesetze ist nur dann garantiert, wenn sich auch die Einstellungen derjenigen, die diese Gesetze anwenden, entsprechend geändert haben. Schon jetzt aber hat die Türkei ein großes Defizit bei der Umsetzung und Anwendung der bestehenden Gesetze, die häufig genug je nach Opportunität streng, milde oder gar nicht angewandt werden. Und wenn man dann noch den politischen, wirtschaftlichen und administrativen Entwicklungsstand im Osten der Türkei berücksichtigt, wird das Ausmaß der erforderlichen Reformen und Veränderungen besonders deutlich.

Die EU betont zu Recht, dass die „Lösung des Kurdenproblems“ indirekt auch zu den Aufnahmebedingungen in die EU gehört. Was kann, soll das aber genau bedeuten? Der bewaffnete Kampf ist erfreulicherweise beendet, separatistische Forderungen sind vom Tisch, die Notwendigkeit der wirtschaftlichen und infrastrukturellen Entwicklung dieses Landesteils wird von allen Seiten betont; der Ausnahmezustand könnte im Laufe dieses Jahres in den restlichen Provinzen aufgehoben werden, eine Verwaltungsreform mit dem Ziel, den Kommunen mehr Kompetenzen zu geben, liegt im Parlament zur Entscheidung. Was bleibt also noch? Einige europäische Politiker reden dann vom Schutz der Minderheiten; darauf reagieren Türken besonders allergisch, weil sie die Befürchtung haben, dass die EU ihnen ein System von kollektiven Minderheitsrechten aufzwingen will, das für sie auf keinen Fall akzeptabel ist. Sie berufen sich dabei auf das französische Staatsverständnis, das ein derartiges Modell ebenfalls strikt ablehnt. Die EU wäre daher gut beraten, wenn sie auf derartige Forderungen verzichten und sich stattdessen darauf konzentrieren würde, von der Türkei nachdrücklich zu verlangen, dass die Nutzung der

■ Die EU betont zu Recht, dass die „Lösung des Kurdenproblems“ indirekt auch zu den Aufnahmebedingungen in die EU gehört.

kurdischen Sprache in allen türkischen Medien und im öffentlichen Raum ohne jedes Problem möglich sein muss. Diese Forderung ist notwendig, zumutbar und realisierbar. Der Forderung nach Schulunterricht auf Kurdisch kann man dagegen eher ablehnend gegenüberstehen, wenn man davon überzeugt ist, dass es im Interesse der kurdischen Kinder liegt, gut Türkisch zu können, weil nur dies ihnen in ihrem Land eine Zukunftsperspektive eröffnet.

### ■ **Künftige Instabilitäten türkischer Politik**

■ **Um die erforderlichen Veränderungen zur Erfüllung der Kopenhagener Kriterien in der Türkei zu erreichen, ist eine mittelfristig orientierte, systematisch arbeitende, starke Regierung mit kraftvollen Entscheidungen erforderlich.**

Um die erforderlichen Veränderungen zur Erfüllung der Kopenhagener Kriterien in der Türkei zu erreichen, ist eine mittelfristig orientierte, systematisch arbeitende, starke Regierung mit kraftvollen Entscheidungen erforderlich. Ob eine solche Regierung in den nächsten Jahren garantiert ist, ist eher fraglich. Denn zum einen wird im Herbst vom Verfassungsgericht über den Verbotsantrag gegen die Fazilet entschieden, was auch die jetzige Regierungskoalition politisch tangieren könnte. Verbietet das Verfassungsgericht die Fazilet als eine Partei, die die Religion für politische Zwecke missbrauche und den laizistischen Staat in Frage stelle, dann werden mit dem Parteiverbot gleichzeitig ca. fünf bis zehn Abgeordnete der Fazilet, denen derartige Aktivitäten in Führungsfunktionen nachgewiesen werden können, ihr Mandat verlieren. Die übrigen Abgeordneten könnten später zu einer Nachfolgepartei übertreten, die es aber noch nicht gibt. Wahrscheinlicher dürfte sogar sein, dass sich dann zwei Nachfolgeparteien bilden, eine reformistisch-islamische und eine islamistische Partei.

Verbietet allerdings das Verfassungsgericht die Fazilet als Nachfolgepartei der Refah, dann verlieren automatisch alle Fazilet-Abgeordnete, die bereits vorher in der Refah Mitglied waren, ihr Mandat, also fast 70 Abgeordnete. Falls aber 70 Abgeordnete ihr Mandat verlieren, ist in der Verfassung deren Nachwahl innerhalb von drei Monaten zwingend vorgeschrieben, was praktisch einer vorgezogenen Parlamentswahl gleichkäme. Da bei Nachwahlen in einzelnen Provinzen keine Zehn-Prozent-Barriere gilt, würden erstmalig aus dem Südosten HADEP-Abgeordnete ins Parlament einziehen. Gegen die

HADEP läuft ebenfalls ein Parteiverbotsverfahren wegen Zusammenarbeit mit der PKK. Wer dies verhindern will, müsste Neuwahlen für das gesamte Parlament durchführen. Da Abgeordnete des Türkischen Parlaments erst nach zwei Jahren Parlamentszugehörigkeit einen Pensionsanspruch besitzen (also erst ab April 2001), ist diese Entscheidung eher unwahrscheinlich.

Die dritte Möglichkeit ist, dass die Fazilet vom Verfassungsgericht nicht verboten wird. Dann könnten die Gegner von Erbakan in der Fazilet versuchen, mit den Unterschriften von 400 Delegierten einen Sonderparteitag zu erzwingen in der Hoffnung, dass dann zum Beispiel der Reformist Abdullah Gül zum Vorsitzenden gewählt wird. Würde ihm das gelingen, dann könnte die Fazilet sich zu einer moderaten islamisch-demokratischen Partei entwickeln, die dann sowohl von der DYP und der ANAP, aber auch von der MHP Wählerstimmen gewinnen könnte. Insofern wird die Entscheidung des Türkischen Verfassungsgerichts über den Verbotsantrag gegen die Fazilet die türkische Politik und die künftige Entwicklung des türkischen Parteiensystems wesentlich beeinflussen.

Nach der neuesten Umfrage würden bei einer jetzigen Parlamentswahl nur noch die Parteien MHP (15,7 Prozent), DSP (14,6 Prozent) und Fazilet (12,2 Prozent) die Zehn-Prozent-Hürde überwinden. ANAP und DYP wären nicht mehr im Parlament vertreten. Auch wenn dies eine aktuelle Momentaufnahme ist, zeigt sie die Schwäche dieser beiden früher politisch dominanten bürgerlich-konservativen Parteien. Im Herbst dieses Jahres wird sich der frühere DYP-Vorsitzende und Staatspraesident Süleyman Demirel entschieden haben, in welcher Form er sich politisch betätigen wird, was ANAP und DYP zusätzlich beeinträchtigen könnte. Vor allem der ANAP-Vorsitzende Yılmaz würde davon betroffen sein, weil Demirel ihm übelnimmt, dass er ihm die erneute Kandidatur für das Amt des Staatspräsidenten verbaut hat.

Unabhängig davon sind im Laufe des gut einen Jahres, in dessen Verlauf die Regierung im Amt ist, die politischen Differenzen zwischen den drei Koalitionspartnern trotz aller Kompromisse deutlich hervorgetreten. Insbesondere die nationalistische MHP,

■ **Nach der neuesten Umfrage würden bei einer jetzigen Parlamentswahl nur noch die Parteien MHP (15,7 Prozent), DSP (14,6 Prozent) und Fazilet (12,2 Prozent) die Zehn-Prozent-Hürde überwinden. ANAP und DYP wären nicht mehr im Parlament vertreten.**

die sich bisher erstaunlich kompromissbereit und moderat in der Regierung gezeigt hat, wirft zunehmend Probleme auf. Vor allem den EU-Anpassungsforderungen, wie zum Beispiel Abschaffung der Todesstrafe, Garantie der Meinungsfreiheit u.ä. steht sie ablehnend gegenüber. Deshalb wird schon jetzt darüber spekuliert, dass gegebenenfalls die MHP als Regierungspartei im Laufe des nächsten Jahres durch die DYP ersetzt werden könnte; eine solche Koalition hätte mit ca. 300 von ca. 500 Abgeordneten auch noch eine klare Mehrheit im Parlament. Aber eine MHP in der Opposition während des politisch schwierigen EU-Anpassungsprozesses wäre auch höchst problematisch. Für die Zukunft gilt also: In der türkischen Politik ist nichts sicher, wenig vorhersehbar und fast alles möglich.